



EU-Krise: Zukunftsperspektive durch eine Investitionsstrategie für die Große Transformation

Ein Diskussionsanstoß (Fassung 7. Oktober 2011)

Christoph Bals, Germanwatch¹

Zusammenfassung

Die EU steht in den kommenden Monaten vor einer historischen Wegscheide. Auch in Deutschland spricht sich inzwischen herum, was in vielen anderen EU-Staaten die Spatzen von den Dächern pfeifen. Die gegenwärtige Finanz- und Verschuldenskrise stellt das Europäische Einigungsprojekt - Garant für Frieden, den Aufbau des existierenden Wohlstandmodells - ebenso wie die Handlungsfähigkeit der EU vor die größte Herausforderung seit ihrer Gründung.

"Europa verfügt gegenwärtig über drei Optionen zur Reaktion auf die schnelle Aufeinanderfolge von Finanz-, Schulden- und Eurokrise: Weiterwursteln wird die Krise nur zusätzlich anheizen und verlängern; eine Beendigung der Währungsunion wäre das Ende des europäischen Projekts und würde zu einem durch niemand und nichts mehr zu beherrschenden Chaos führen; den Schritt voran in die echte wirtschaftliche und politische Integration trauen sich die gegenwärtig politisch Verantwortlichen nicht zu, weil sie meinen, ihre Völker nicht hinter sich zu bringen", so Joschka Fischer².

Ob dies die drei einzigen Optionen sind oder es noch weitere Alternativen gibt, diskutiert der vorliegende Artikel. Gewiss aber ist, dass die Reaktion auf die Krise nicht nur über die Zukunft der EU entscheiden wird, sondern auch zentral für künftige Handlungsfähigkeit der EU ist, wie auch für die Rolle der EU in der Welt und die Frage, in welchem Ausmaß die soziale und ökologische Bändigung der Globalisierung weltweit auf der Agenda bleibt, mithin also für die Zukunft des Multilateralismus.

Wesentliche Thesen des Artikels sind in diesem Sinne:

- Die EU steht vor der Herausforderung, in einer historischen Situation, in der - neben der EU- und Eurokrise die Überwindung von Armut und die Vermeidung globaler Risiken gleichzeitig zu leisten sind, ihr gemeinsames vor allem friedenspolitisch motiviertes, europäisches Ziel angesichts der drängenden Herausforderungen neu zu konkretisieren;
- Die EU sollte den notwendigen Sparkurs mit dem zumindest ebenso notwendigen Aufbau einer zukunftsweisenden Perspektive verknüpfen;
- Eine Investitionsstrategie in Richtung einer Niedrig-Emissions-Gesellschaft in Deutschland und anderen EU-Ländern könnte Kernstück einer solchen Strategie sein. Sie könnte nicht nur das Problem der Arbeitslosigkeit abbauen und die Grundlage für das Erreichen ambitionierter klimapolitischer Ziele legen. Sie könnte auch die Gefahr weiterer Finanzkrisen wirksam reduzieren - und diese, wenn sie trotzdem auftreten, erfolgreich abpuffern. Denn unter den Umständen eines solchen Investitionsschubs ist für die Finanzmärkte glaubhaft, dass staatliche Budgetdefizite nur auf Rezessionsjahre beschränkt

¹ Christoph Bals, *Politischer Geschäftsführer der umwelt- und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisation Germanwatch*. Kontakt: bals@germanwatch.org, www.germanwatch.org.
Ich danke insbesondere Jan Burck, Oldag Caspar, Sven Harmeling, Gerold Kier, Susan Krohn, Klaus Milke, Tobias Pforte-von Randow, Tobias Reichert, Tilman Santarius, Achim Steiner, Hendrik Vygen, Michael Windfuhr für Kommentare und Anregungen, die ich bei der Erstellung des Papiers genutzt habe. Ganz besonders aber danke ich Carlo Jaeger für dessen vielfältige Anregungen.

² Joschka Fischer, *Morsche Fundamente*, SZ, 1.9., S. 2,

und in Boomjahren kompensiert werden. Zugleich wäre dann die Wirkung von negativen Kreditschocks auf die Wirtschaft als Ganze sehr viel geringer;

- Eine Kapitalisierung der Banken wird als notwendige Bedingung einer solchen Strategie angesprochen;
- Natürlicher Vertreter einer europäischen Wirtschaftspolitik ist die Kommission, da nur sie europäische Gesetze vorschlagen kann;
- Beschlüsse für mehr Kompetenzen der EU müssen sowohl auf dem indirekten Wege über die im Rat vertretenen Regierungen als auch über das europäische Parlament unmittelbar legitimiert werden. Andernfalls, so wird mit Habermas argumentiert, werde die bekannte zentrifugale Dynamik des Fingerzeigens auf "Brüssel" nur noch beschleunigt;
- Das seit Jahrzehnten gelungene Modell einer durch geteilte Souveränität handlungsfähigen EU könnte gerade in einer Zeit, in der die Sorgen vieler Staaten um Begrenzungen ihrer nationalen Handlungsfähigkeit die gemeinsame Handlungsfähigkeit untergraben, ein wichtiger Faktor bei der Lösung vieler der großen Krisen der Gegenwart - Klima- und Energie, Armut und Ernährung, Finanzsektor - sein. Mit der EU aber wankt - angesichts der Interessenlage der Schwergewichte USA und China - auch der Multilateralismus;
- Für Deutschland bietet die oben genannte grüne Investitionsstrategie die Chance, vom einseitig exportgetriebenen Wohlstandsmodell, das eine der Ursachen für die gegenwärtigen Imbalancen in der EU ist, zu einem auch investitionsgetriebenen Wohlstandsmodell zu gelangen. Dies würde bedeuten, dass die Investitionsquote stiege - zu Lasten von spekulativen Geldanlagen;
- Ein ökologischer Marshallplan für Griechenland gemeinsam mit einer geregelten Entschuldung und dem notwendigen Sparkurs könnte in dem Land die harten Einschnitte mit einer wirklichen Zukunftsperspektive verknüpfen. Ganz ähnlich, wie das "Wirtschaftswunder" und die demokratische Entwicklung in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg wesentliche Impulse durch eine europäische Perspektive, den Marshallplan und eine Streichung eines großen Teils der Schulden im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens erhielt;
- Es ist eine Aufgabe der Zivilgesellschaft, sich für eine Politik einzusetzen, bei der es um mehr geht als den nächsten Wahlerfolg: Es geht um die Zukunft der EU, ein neues Wohlstandsmodell sowie globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Und es geht um eine EU, die in der Lage und Willens ist, diese Themen voranzutreiben.

Neu fokussierte Zielorientierung des Projektes EU

Zunächst zu den drei Szenarien, die Joschka Fischer aufzeigt und seine Einschätzung ihrer Wahrscheinlichkeit. "Vieles spricht ... für eine Mischung aus Option eins [Weiterwursteln] und zwei [Beendigung der Währungsunion], die dann, wenn der europäische Karren bereits mit zwei Rädern über dem Abgrund hängt, Option drei [echte wirtschaftliche und politische Integration] erzwingen werden, weil der gemeinsame Blick in den Abgrund heilsame Kräfte entfalten könnte - Konjunktiv, wohl gemerkt!"³ Allerdings ist Fischers Auflistung von Szenarien wohl zu holzschnittartig. Die nach Zuspitzung möglicherweise wahrscheinlichste Gegenreaktion fehlt: Eine Kombination von eins [Weiterwursteln] und drei [Integration] in dem Sinn, dass die minimalen institutionellen, fiskalischen und politischen Rahmenseetzungen vorgenommen werden, die eine langfristige Stabilisierung des Euro-Raums erlauben, aber weit von einer echten wirtschaftlichen Integration entfernt sind.⁴ Wahrscheinlich macht ein solches Szenario, dass das Interesse am Fortbestand von EU und Währungsunion sowohl bei den jeweiligen Mitgliedsländern als auch in den USA und in China zu groß ist, um ein Scheitern zuzulassen. Zugleich stehen genug Institutionen und Mechanismen zur Verfügung, um Liquiditäts- und Insolvenzkrisen auch ohne eine volle Integration halbwegs geordnet zu überleben.⁵ Was selbst bei einem solchen Szenario drohen könnte, ist ein Jahrzehnt, "in dem niedriges Wachstum Arbeitslosigkeit und Massenarmut für Millionen Europäer bewirkt, während Europa zu einer politisch verbrämten Freihandelszone ohne wirkliche Gestaltungskraft verkommt."⁶

³ Joschka Fischer fährt fort: "Denn als genauso wahrscheinlich könnte sich die reine Chaosoption samt Sturz in den Abgrund erweisen." Ein solches "Titanic-Szenario" hat das Handelsblatt kürzlich auf vier Seiten im einzelnen ausgemalt. (Das Titanic-Szenario, Handelsblatt, 2./3.9.2011, S. 8-11;

www.handelsblatt.com/politik/international/der-euro-steuert-auf-den-eisberg-zu/4569202.html)

⁴ Vgl. Buitter, W., Rahbari, E. (2011) The future of the euro area: fiscal union, break-up or blundering towards a 'you break it you own it Europe'. Citigroup, Global Economics View. 9 September, www.willembuiter.com/3scenarios.pdf

⁵ Buitter, W., Rahbari, E., ibid.

⁶ Jaeger, Carlo: Eine Strategie zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise Europas, 20.9.2011, unveröffentlicht;

Wichtig in diesem Kontext ist zu sehen, dass die "aktuelle Krise der EU in erster Linie eine politische"⁷ ist; dass die Frage des Ausmaßes der *wirtschaftlichen* Integration nur eine Facette der größeren Frage nach der Zielsetzung und entsprechenden Handlungsfähigkeit des politischen Projektes EU ist.

Im Jahr 1950 stellte Robert Schuman seine Vision einer "Europäischen Föderation" zur Bewahrung des Friedens vor. Ein völlig neues Kapitel der europäischen Geschichte wurde aufgeschlagen. Jahrhundertlang - seit dem Westfälischen Frieden von 1648 - hatten die europäischen Staaten auf das Prinzip der *balance of power* gesetzt. Das europäische Gleichgewichtssystem hat immer wieder zu verheerenden Hegemonialkriegen geführt. Schließlich war der Konflikt zwischen einer im Niedergang befindlichen und einer aufstrebenden Großmacht - England und Deutschland - in zwei Weltkriegen zwischen 1914 und 1945 gemündet. Der Kern des europäischen Projekts nach 1945 war und ist deshalb die Absage an jenes Prinzip der *balance of power*, an ein europäisches Gleichgewichtssystem und das Hegemonialstreben einzelner Staaten. Das Gegenkonzept beruht auf einer engen Verflechtung ihrer vitalen Interessen und der Übertragung begrenzter nationalstaatlicher Souveränitätsrechte an supranationale europäische Institutionen. Handlungs- und Friedensfähigkeit aufgrund der Teilung von Souveränität ist das Erfolgsrezept.

Diese friedenspolitische Begründung für das Europäische Projekt ist nach wie vor wichtig. Wir haben beim Zerfall in Jugoslawien gesehen, wie der Niedergang eines stabilen politisch-institutionellen Rahmens ganz schnell das jahrzehntelang Undenkbare - bis hin zum Krieg auf europäischem Boden - plötzlich Realität werden lässt. Aber es ist auch deutlich sichtbar, dass die klassische friedenspolitische Motivation alleine - gerade auch wegen ihrer Selbstverständlichkeit - einen Motivationsschub für eine handlungsfähige EU nicht mehr in dem Maße tragen kann, wie zu einer Zeit, in der den Menschen die erste Hälfte des 20ten Jahrhunderts als abschreckendes Horrorbeispiel noch deutlich vor Augen stand. "Das Ziel der internen Friedenssicherung, das die europäische Integration vom Ende des zweiten Weltkriegs bis zur Überwindung des eisernen Vorhangs motivierte, scheint erreicht, der politische Wille für eine europaweite Solidarität ist am Schwinden. Das ist die Ursache dafür, dass Finanzmärkte die Verwundbarkeit einzelner Länder offenlegen und verschärfen können, ohne eine kurz- und langfristig wirksame europäische Antwort hervorzurufen."⁸ Was sich schon in den letzten Jahren abzeichnete, wird von der jetzigen Krise schonungslos offengelegt: "Just at the moment when the accelerating pace of global change needs a more focussed and confident Europe, we Europeans have stalled and become unsure of our way forward."⁹ Schon im Mai 2010, als Griechenland zum ersten Mal die Weltfinanzmärkte schockierte, kommentierte Daniel Henniger im Wall Street Journal, die Europäer müssten jetzt den Preis dafür bezahlen, dass sie sozialen Schutz und Gerechtigkeit um jeden Preis haben wollten. Der Republikanischen Partei riet Henniger, als die "Wir-sind-nicht-Europa-Partei" in künftige Wahlkämpfe zu ziehen. Das ist der Gegenwind, den die EU auch für ihre sozialen und ökologischen Ziele international heraufbeschwört, wenn sie nicht zu einer überzeugenden politischen Antwort der EU-Krise findet, die das europäische Friedensprojekt im Kontext heutiger Herausforderungen kraftvoll neu definiert.

Die politische Schlüsselfrage also lautet: Kann die EU heute - "in einer historischen Situation, in der die Überwindung von Armut und die Vermeidung globaler Risiken gleichzeitig zu leisten sind"¹⁰ ihr gemeinsames europäisches Ziel angesichts der drängenden Herausforderungen neu konkretisieren? Sie kann dabei auf den Erfahrungen der letzten 60 Jahre aufbauen. "The central, and compelling, concept was that shared opportunity created shared responsibility. From the interplay between the two came the experience and institutions that today define the European Union's core values."¹¹

Eine gute Grundlage, um die Debatte um die Meisterung dieser Herausforderung offensiv anzugehen, ist sicherlich die prinzipiell europafreundliche Haltung der Mehrheit der Deutschen. Schon jetzt sind 58-64% der Deutschen für mehr Europa und 42 Prozent gar für die Vereinigten Staaten von Europa. Nur 30-40% hingegen fordern ein stärkeres alleiniges Handeln Deutschlands. Dieses Votum für die EU ist - auch - von einer ökonomischen Perspektive untermauert. Zwei Drittel der Befragten meinen, Deutschland könne seine wirtschaftliche Position ohne eine starke EU nicht halten.¹²

Eine Erneuerung des europäischen Friedensprojekts unter den Vorzeichen der heutigen Herausforderungen könnte auch den politischen Willen freisetzen, der nötig ist, um den Finanzsektor wieder zu einem lose gekoppelten System sehr verschiedener Unternehmen zu machen, wo kein Finanzinstitut "too big to fail" ist. Die

⁷ Jaeger, C., *ibid.*

⁸ Jaeger, C. s.o.

⁹ Burke, Tom, Mabey, Nick: *Europe in the World, Political Choices for security and prosperity*, December 2006, Burke, Mabey, s.o., p 3

¹⁰ Jaeger, C. s.o.

¹¹ Burke, Mabey, 1996, p. 14

¹² Deutschland Trend, Infratest DIMAP für die Tagesthemen und Die Welt, Die Welt, 2.9.2011; Deutschland-Trend, 6.10.2011, http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/crbilderstrecke284_mtb-1_pos-9.html#colsStructure

Existenz eines handlungsfähigen Europas und einer europäischen Währung könnte so zu einer wesentlichen Grundlage werden, um in den kommenden Jahrzehnten den Übergang zu einer wirtschaftlich, sozial und ökologisch wünschenswerten Weltgesellschaft zu ermöglichen.

Die Erneuerung des Friedensprojektes der EU müsste heute, nachdem sie die Überwindung der Spaltung zwischen Ost und West erfolgreich vorangetrieben hat, auf den Abbau der Kluft zwischen Nord und Süd fokussieren. In diesem Sinne gibt Ulrich Beck in seinem Essay „Empört Euch, Europäer – zusammen gewinnen oder einzeln verlieren“ als aktuelle Losung aus: „Mehr Gerechtigkeit durch mehr Europa“¹³. Es muss in der Lage sein, überzeugende Antworten auf die großen ökologischen Krisen, allen voran die Klimakrise, umzusetzen. Der Klimaschutz kann zur Sicherung der Lebensgrundlagen auf unserem Planeten in der EU sowohl nach innen als auch nach außen hin identitätsstiftend und integrationsfördernd wirken. Nach innen kann das Verfolgen dieses gemeinsamen Zieles neue Integrationsimpulse geben: Während die Mitgliedstaaten nach den beiden Weltkriegen im Sinne einer gemeinsamen Friedens- und Sicherheitssphäre begonnen haben, Souveränität zu teilen, könnte das Zusammenspiel der Sicherung von Energiesicherheit (im Sinn von Versorgungssicherheit) und Klimasicherheit ähnliche Impulse für die Übertragung weiterer Souveränitätsrechte geben.

Nach außen kann ein entschiedenes Auftreten für ambitionierte Klimaschutzziele, Verhandlungsergebnisse und Vorreiterkoalitionen der EU in Abgrenzung zu Bremserländern wie den USA das Bewusstsein für die gemeinsame europäische Identität stärken und die Bildung einer europäischen Zivilgesellschaft fördern.

Im Moment trauen die Deutschen der Politik in Deutschland und der EU diese Handlungskompetenz nicht zu. Derzeit glauben 71 Prozent der Deutschen, dass die wichtigsten Entscheidungen in unserem Land eher in der Wirtschaft, und nur 22 Prozent, dass sie eher in der Politik getroffen werden¹⁴. Es ist die Aufgabe der Politik in den nächsten Wochen und Monaten, das Gegenteil zu beweisen.

Investitionsstrategie für die große Transformation

Ein wichtiger Teil einer offensiven Strategie der EU, die den notwendigen Sparkurs mit dem zumindest ebenso notwendigen Aufbau einer zukunftsweisenden Perspektive verknüpft, könnte eine in mehrfacher Hinsicht sinnvolle Investitionsstrategie sein. Eine solche Strategie der EU, die im Sinne der "schöpferischen Zerstörung" (Schumpeter) die notwendigen, vor allem privaten Investitionen auf dem Weg zur Großen Transformation vorantreibt, kann durch einen entsprechenden grünen Wachstumsschub der entsprechenden Sektoren die Arbeitslosigkeit in Europa - derzeit ist jeder fünfte Europäer unter 25 Jahre arbeitslos - erfolgversprechend angehen. Zweitens kann sie die Grundlage für das Erreichen ambitionierter klimapolitischer Ziele setzen. Drittens aber kann sie auch "die Gefahr weiterer Finanzkrisen wirksam reduzieren - und diese, wenn sie trotzdem auftreten, erfolgreich meistern. Denn unter diesen Umständen ist für die Finanzmärkte glaubhaft, dass staatliche Budgetdefizite nur auf Rezessionsjahre beschränkt und in Boomjahren kompensiert werden. Zugleich ist [dann] die Wirkung von negativen Kreditschocks auf die Wirtschaft als Ganze sehr viel geringer."¹⁵

Eine Gruppe internationaler Ökonomen um Carlo Jaeger zeigt in diesem Sinne auf, wie ein grüner EU-Wachstumspfad in der Größenordnung von 3% die Kluft zwischen Arm und Reich in der EU verringern, die in Teilen Europas extrem hohe (Jugend)arbeitslosigkeit abbauen und zugleich den aus Gründen der Klima- und Energiesicherheit notwendigen Umbau vorantreiben könnte. Sie entwerfen eine Strategie, wie die Investitionen, die für ein solches "grünes Wachstum" in Europa nötig sind, getätigt werden können.¹⁶ Das betrifft in erster Linie den Ausbau erneuerbarer Energien, der entsprechenden Stromnetze, Speichertechnologien und Verkehrssysteme; vor allem aber die energetische Erneuerung des Gebäudebestandes. Durch geeignete Anreize – einschließlich Änderungen im öffentlichen Beschaffungswesen – könnte ein entsprechender Investitions- und damit Wachstumsschub ausgelöst werden. Die Energiewende in Deutschland bietet dazu einen hervorragenden Ansatzpunkt.

Unter dem Stichwort "Dritte Industrielle Revolution" weist auch Jeremy Rifkin auf die Kombination von ökologischen, ökonomischen und politischen Chancen für die EU hin. Er sieht diese durch das Zusammenspiel von Erneuerbaren Energien, neuer Mobilität und Speichertechnologien mit dem Internet auf uns zukommen..

¹³ Beck, Ulrich, Empört Euch, Europäer – zusammen gewinnen oder einzeln verlieren“, SPIEGEL Nr. 34 vom 29.8.11

¹⁴ zu diesen Zahlen: Deutschland Trend, Infratest DIMAP für die Tagesthemen und Die Welt, Die Welt, 2.9.2011;

¹⁵ Jaeger C., s.o.

¹⁶ Jaeger, C. et al. (2011) A New Growth Path for Europe. A study commissioned by the German Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety. Potsdam, European Climate Forum. www.european-climate-forum.net/fileadmin/ecf-documents/Press/A_New_Growth_Path_for_Europe__Synthesis_Report.pdf

Wie bei den ersten beiden industriellen Revolutionen treibe - so Rifkin - das Zusammenspiel von neuen Energieträgern, Kommunikationsmedien und Mobilitätsformen die Dynamik voran. Bei der ersten Industrialisierung sei durch das Zusammenspiel von kohlegespeisten Dampfmaschinen, die eben auch Druckmaschinen und Eisenbahnen befeuerten, der Zugang zu einem großen Binnenmarkt möglich geworden. Bei der zweiten Industrialisierung habe das Zusammenspiel der ölhungrigen Automobile mit den elektronischen Medien - zunächst Telefon, dann Radio und Fernsehen - die Grundlage von Massenkonsum gelegt. Seit Mitte der 90er Jahre zeichne sich nun die dritte industrielle Revolution für das 21. Jahrhundert ab. Die Triebkraft komme diesmal vom Zusammenspiel von Erneuerbaren Energien, Internet, Gebäuden als dezentrale Kraftwerkszentralen sowie Energiespeichern und dem Umstieg auf strom- oder wasserstoffbetriebene Mobilität. In dem verlässlichen und erschwinglichem Zugang zu Erneuerbarem Strom sieht er auch die Grundlage, um die Armut in Entwicklungsländern zu bekämpfen. Und die EU sieht er besonders gut aufgestellt, um führender Akteur unter den Industrieländern auf diesem Weg zu sein.¹⁷

Auch wenn es verständlich ist, dass diese Autoren in erster Linie beim Energiesystem ansetzen - zugleich geht es bei der anstehenden Großen Transformation auch um zusätzliche Finanzströme in die ländliche Entwicklung, eine Reform der Landnutzung, Landwirtschafts- und Agrarhandelspolitik, Forst- und Fischereipolitik. Eine moderne Landwirtschaft folgt im Rahmen der anstehenden Großen Transformation einem anderen Leitbild als im 20. Jahrhundert: Weg von einem erdöl-, hin zu einem solargetriebenen Produktionswachstum der Landwirtschaft. Weg von einem System, das in Nord und Süd die bäuerliche Landwirtschaft ruiniert und - in den Entwicklungsländern - die dort lebenden Menschen in den Hunger treibt¹⁸; die meisten hungernden Menschen leben auf dem Land. Hin zu einer Landwirtschaft, die gemeinsam mit diesen Menschen ihre Ernährungssicherung und unser aller Lebensgrundlagen dauerhaft sichert. Weg von einer Landwirtschaft, die ein Riesenrisiko für Böden, Biodiversität und Wasser ist, hin zu einer, die die Bodenqualität und die Bindung von Kohlenstoff im Boden systematisch aufbaut, die so von einem großen Klimaproblem zu einem Teil der Lösung werden kann und die Vielfalt von Pflanzen und Tieren befördert.

Eine Investitionsstrategie im Sinn der Großen Transformation setzt ein funktionierendes Banken- und Finanzsystem voraus. Der Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 brachte eine verheerende Kettenreaktion in Gang. Das globale Finanzsystem stand vor dem Kollaps, die Welt erlitt einen Vermögensverlust von mindestens 15 Billionen Dollar. Dies hat gezeigt, wie selbst der Konkurs einer einzelnen Großbank zu weltweiten wirtschaftlichen Verwerfungen und einem Einfrieren von Investitionsströmen führen kann. Eine neue europäische Bankenkrise würde auch - zumindest für einige Zeit - die Finanzierung einer Investitionsoffensive verunmöglichen. Die wirkungsvollste und kosteneffizienteste¹⁹ Voraussetzung dafür ist wohl der Vorschlag, den die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde in einer vielbeachteten Rede in Jackson Hole gemacht hat²⁰: "Banken bedürfen dringend einer Rekapitalisierung. Sie müssen stark genug sein, um den Risiken von Staatsinsolvenzen und Wachstumsschwächen zu widerstehen. Dies ist der Schlüssel, um Ansteckungseffekte zu verhindern." Die deutsche Kanzlerin scheint sich dieser Erkenntnis nicht länger zu verschließen. "Die deutsche Regierung steht bereit, wenn notwendig, eine Kapitalisierung der Banken durchzuführen"²¹, erklärte sie am 5. Oktober.

Mehr Kompetenzen und die Überwindung des Demokratiedefizits der EU

Es geht bei einer offensiven Strategie, die die EU so aufstellt, dass sie ihre Stärken gegenüber den drängenden Herausforderungen von heute und morgen einbringen kann, um zusätzliche Kompetenzen - auch wenn es verschiedene Abstufungen geben kann, evtl. auch differenziert nach EU-Staaten, wie weit diese reichen werden.

Natürlicher Vertreter einer europäischen Wirtschaftspolitik ist die Kommission. "Nur die Kommission, keine andere Institution und auch keine nationale Regierung kann europäische Gesetze vorschlagen. ... Es ist außerdem

¹⁷ Rifkin, Jeremy, Die dritte industrielle Revolution, Handelsblatt, 9.9.2011, S. 13;

¹⁸ Deutlich mehr als die Hälfte der heute Hungernden lebt auf dem Land.

¹⁹ Hau, Harald, Lucke, Bernd, Zwangs-Rekapitalisierung gefährdeter Banken -Die Alternative zum Rettungsschirm; 28.9.2011, <http://www.faz.net/-027a0s>;

²⁰ Vgl. Patrick Welter: Warnung vor Rezession - Lagarde will Rekapitalisierung von Europas Banken, FAZ.net, 28.8.2009; <http://www.faz.net/artikel/C30638/warnung-vor-rezession-lagarde-will-rekapitalisierung-von-europas-banken-30492974.html>

²¹ zitiert in: Die Banken sollen wieder gerettet werden, Handelsblatt, 6.10.2011, S. 30;

eine Illusion zu glauben, dass sich die Eurozone durch zwei jährliche Treffen der Regierungschefs im Detail wirtschaftspolitisch regieren lässt."²²

Mehr Kompetenzen für die Kommission in bestimmten Politikfeldern bedeuten aber einstweilen weniger demokratische Kontrolle.

Somit taucht bei der Frage nach mehr Europa, nach mehr Kompetenzen, zwangsläufig auch die Frage nach der Überwindung des Transparenz- und Demokratiedefizits der EU auf: Wie können die Kompetenzen demokratisch kontrolliert werden in einer nach Nationen und Sprachräumen fraktionierten Öffentlichkeit der EU? In den Worten von Jürgen Habermas: "Das Wischiwaschi einer Koordinierung, deren rechtlicher Status absichtsvoll im Ungefähren bleibt, genügt nicht für Regelungen, die ein gemeinsames Handeln der Union erfordern. Solche Beschlüsse müssen auf beiden für Unionsentscheidungen vorgesehenen Wegen legitimiert werden - nicht nur auf dem indirekten Wege über die im Rat vertretenen Regierungen, sondern auch über das europäische Parlament unmittelbar. Andernfalls wird die bekannte zentrifugale Dynamik des Fingerzeigens auf 'Brüssel' nur noch beschleunigt - die falsche Methode wirkt als Spaltpilz."²³

Mit der EU wankt der Multilateralismus

Die jetzige Euro- und EU-Krise bietet für die EU nicht nur Risiken, sondern auch die Chance, sich handlungsfähig für die Herausforderungen von heute aufzustellen.

Es ist wichtig, die Bedeutung zu sehen, die das Schicksal der EU für die globale Weiterentwicklung des globalen Multilateralismus hat. Die EU ist bislang das gelungenste Beispiel dafür, dass man Handlungsfähigkeit durch die Teilung von Souveränität gewinnen kann. "The lessons we in Europe were so harshly taught by the 20th Century equip us uniquely well to meet the challenges of the 21st Century. We know in our bones the high price to be paid when raw power replaces the rule of law as the dominant means of mediating relations between states. We know to our cost the danger of allowing the rich complexities of human diversity to be replaced by simplistic stereotypes. We know, too, that it is possible to pool sovereignty without losing identity."²⁴ Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts steht im Zentrum dieser Lernerfahrung.

Das gelungene Modell einer durch geteilte Souveränität handlungsfähigen EU wäre in einer Zeit, in der die Sorgen vieler Staaten um Begrenzungen ihrer nationalen Handlungsfähigkeit die gemeinsame Handlungsfähigkeit untergraben, ein wichtiger Faktor bei der Lösung zentraler Krisen: Bei der Bändigung der Finanzmärkte und der Einführung neuer Finanzierungsinstrumente, der Trendumkehr bei der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in und zwischen vielen Staaten, der Lösung der globalen Ernährungskrise und der notwendigen Begrenzung des menschengemachten Klimawandels. Der Klimawandel ist nur das prominenteste Beispiel für die schnell wachsende ökologische Überschuldung. Und es zeichnet sich ab, dass die derzeitige Verschuldungskrise nur das Vorspiel für wesentlich existenziellere ökologische Verschuldungskrisen wird.

Ernsthafte Lösungsansätze in all diesen Politikfeldern scheinen schwer vorstellbar ohne internationale Handlungsfähigkeit durch das Teilen von Souveränität. Dies ist auch die Grundlage für die Weiterentwicklung des Wohlstandsmodells in Europa. "In an interdependent world Europe cannot secure its prosperity on its own. The fate of the pillars of prosperity is now determined by decisions taken in many places in the world. If those decisions are not aligned with each other the pillars will weaken and conflict and instability will follow. Responsibility must be globalised as well as opportunity."²⁵

Die EU als Modell der Handlungsfähigkeit durch das Teilen von Souveränität - das heißt keineswegs, dass die EU diese prinzipielle Handlungsfähigkeit in der Vergangenheit immer im Sinne der Zukunftsfähigkeit genutzt habe. Zwar war sie bei vielen Verhandlungen im Bereich der Nachhaltigkeit und Klimaschutz oft der Einäugige unter den Blinden innerhalb der großen Industrieländer. In der Landwirtschafts- und Agrarhandelspolitik - um nur ein besonders gravierendes Beispiel zu nennen - beförderte sie aber zugleich den Nachhaltigkeit und Ernährungssicherheit untergrabenden Wettbewerb unter Ungleichen. Mit ihrer exportorientierten Landwirtschaftspolitik gehörte sie zu den Akteuren, die - durch Exportsubventionen und den Abbau von Schutzrechten der im Wettbewerb hoffnungslos unterlegenen Kleinbauern in vielen Entwicklungsländern - das

²² Barroso, José Manuel Durão - EU-Kommissionschef fordert mehr Macht für Brüssel, 30.09.2011, Süddeutsche Zeitung, sz. de;

²³ Habermas, Jürgen, Europapolitik Merkels von Demoskopie geleiteter Opportunismus, 7.4.2011, SZ; <http://www.sueddeutsche.de/politik/europapolitik-merkels-von-demoskopie-geleiteter-opportunismus-1.1082536>

²⁴ Burke, Maybe, 2006, p.2

²⁵ Burke, Mabey, 2006, p. 5;

Recht auf Nahrung unterminierte. Mehr Kompetenzen für die EU an sich sind also keineswegs zwingend eine Lösung für Fragen der Nord-Süd-Ungerechtigkeit. Das "Gemeinsame Interesse" der EU ist keineswegs deckungsgleich mit dem Interesse der armen Menschen in Entwicklungsländern. In Bezug auf die Art und Weise der Subventionierung der Landwirtschaft ist die Interessensverschränkung gerade zu kurios. Die Subventionen untergraben häufig eine nachhaltige Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft in der EU - und sind oft genug ein Faktor, der die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern untergräbt.

Doch mit Verlust des Modells der EU als politisch handlungsfähiger Akteur, mit dem Verlust der EU als Beispiel für Handlungsfähigkeit durch Teilung von Souveränität stünde viel auf dem Spiel.

Ein Rückfall der EU zu einer Nationalstaatenveranstaltung und Freihandelszone würde all denen zusätzlich Rückenwind geben - sie haben ohnehin recht viel davon -, die in der EU und weltweit auf nationale Egoismen und eine im engen Sinne verstandene Souveränität pochen. Das könnte etwa heißen: Rückenwind für ein "Nein" zu einem rechtlich verbindlichen Klimaabkommen, für nationale und regionale "Interpretationen" von Menschenrechten, für eine hegemoniale statt kooperative Energiepolitik, für verstärkten Protektionismus und für einen Bedeutungsverlust der UN. Es würde Tendenzen zu einem Chaos- oder Hegemonial-Szenario bei der Lösung solcher Fragen stärken und das Szenario Globaler Partnerschaft schwächen. Das Beispiel von Kopenhagen, als der US-Präsident mit der chinesischen Führung im Hotelzimmer den Deal aushandelte, der kein Deal war, könnte dann paradigmatisch für die Regelung solcher Fragen werden.

Kann die EU im eigenen Haus ("*Handeln*"), im multilateralen Kontext ("*Verhandeln*") und im Aufbau von strategischen *Koalitionen* hierzu ein wirkmächtiger Akteur werden, statt sich angstvoll gegenüber den Herausforderungen abzuschotten - wie sie dies 50 Jahre nach dem Mauerbau symbolkräftig durch den Bau von Mauern gegen Flüchtlinge, die ins Land wollen, tut? Ein zu tiefst verunsichertes Europa, das alleine mit der Nabelschau beschäftigt ist, dem von den eigenen Bürgern misstraut wird, kann diese Rolle nicht spielen. Es bedarf dazu einer EU, die ihre in leidvollen Erfahrungen entwickelte Werte und Konzepte nutzt, um sich den großen Herausforderungen unserer Zeit zu stellen: wie Handlungsfähigkeit durch das Teilen von Souveränität geschaffen werden kann; dass sich die tragfähigeren Lösungen durch Kooperation statt Konflikt finden lassen. "In the sixty years since the end of the Second World War, we have built a stability in Europe our grandparents could not have imagined. The crux of the challenge we now face is to expand the envelope of affluence we currently enjoy to include the billions of our fellow human beings who share our hopes and aspirations for a secure and prosperous future. But we must do this without collapsing either the environmental or social foundations on which that prosperity rests."²⁶

Doch ihre künftige Handlungsfähigkeit hängt nicht nur von den EU-internen Entwicklungen ab, sondern auch von der Weiterentwicklung des globalen Governance-Systems. "The global rules system we have at present, insofar as it was designed at all, was built to deal with the preglobalisation world of the 20th Century. Running today's world on this basis is like trying to run the latest computer games on an operating system from the 1980s."²⁷ Die große Konferenz um Umwelt und Entwicklung in Rio im kommenden Jahr (Rio 20+) bietet eine Gelegenheit, international Prozesse für die Weiterentwicklung der Globalen Governance auf's Gleis zu setzen.

Die Rolle Deutschlands in der EU-Krise

Deutschland ist als bevölkerungsreichster und wirtschaftsstärkster Staat der EU ein ganz zentraler und in besonderer Verantwortung stehender Akteur für die weitere Entwicklung..

In Berlin hat seit der Ära Schröder eine Strömung Oberhand gewonnen, die Deutsche Interessen prioritär gewichtet - und den vorher zentralen Teil der Staatsraison - dass dies nur im Kontext einer sich weiter entwickelnden EU gelingen kann, hintan gestellt. "Der Wandel zeigt sich insbesondere seit dem Regierungswechsel von 2005 auch in der Europapolitik. Genschers Vorstellung von der "europäischen Berufung" eines kooperativen Deutschlands spitzt sich immer stärker auf einen unverhohlenen Führungsanspruch eines "europäischen Deutschlands in einem deutsch geprägten Europa" zu. Keine Frage - die Einigung Europas war von Anfang an im deutschen Interesse. Aber das Bewusstsein eines verpflichtenden historisch-moralischen Erbes sprach für diplomatische Zurückhaltung und für die Bereitschaft, auch die Perspektiven der anderen einzunehmen, normativen Gesichtspunkten Gewicht einzuräumen und gelegentlich Konflikte durch Vorleistungen zu entschärfen."^{28,29}

²⁶ Burke, Mabey, s.o., p. 2

²⁷ Burke, Mabey, 2006, p. 11;

²⁸ Jürgen Habermas, Europapolitik Merkels von Demoskopie geleiteter Opportunismus, 7.4.2011, SZ; <http://www.sueddeutsche.de/politik/europapolitik-merkels-von-demoskopie-geleiteter-opportunismus-1.1082536>

Es ist wichtig zu verstehen, wie sehr das einseitig exportorientierte Wohlstandsmodell Deutschlands mitverantwortlich für die massiven Ungleichgewichte ist, die sich in der EU aufgebaut haben. Zwei treibende Faktoren haben die starken Exporterfolge Deutschlands in den letzten Jahren begünstigt: Einerseits die Einführung der Einheitswährung Euro. Der Euro nahm den südlichen Euro-Ländern die Möglichkeit, mittels einer Währungsabwertung die Konkurrenzfähigkeit ihrer Wirtschaft zumindest partiell wiederherzustellen. Deutsche Exporte waren so relativ günstig. Andererseits die starke Lohnzurückhaltung der Beschäftigten. Gab es 1995 in Deutschland noch knapp 4,4 Millionen Beschäftigte im Niedriglohn-Sektor, so waren es 2007 schon knapp 6,5 Millionen. Die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands entsprechen fast spiegelbildlich den Leistungsbilanzdefiziten Griechenlands, Spaniens, Italiens und Portugals zusammengenommen.

In mancher Hinsicht ist Deutschland in einer ähnlichen Lage wie der neue Exportweltmeister China. Erstens eine recht günstige Währung - im einen Fall durch die Mitgliedschaft in der Eurozone, im anderen Fall staatlich herbeigeführt; zweitens ein relativ geringes Lohnniveau - in China als Schwellenland, in Deutschland durch eine reale Lohnverringerung der Beschäftigten. Drittens durch diese beide Faktoren begünstigt der Aufstieg zum Exportweltmeister - zunächst Deutschland, 2009 auf hohem Niveau von China abgelöst. Viertens: Durch die Verschuldung derer, die massiv importiert haben, sehen sich nun China - insbesondere in Bezug auf die USA, aber auch auf die EU - und Deutschland - insbesondere in Bezug auf andere EU-Staaten - selbst massiv in ihren Wirtschaftsaussichten bedroht. Fünftens: Beide, Deutschland und China, stehen deshalb vor der Herausforderung, von dem einseitig exportorientierten Wohlstandsmodell Abstand zu nehmen - China hat diese Wende im jüngsten, in diesem Jahr beschlossenen Fünfjahresplan eingeleitet. Und sechstens: In beiden Ländern könnte eine Fokussierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf massive Investitionen in grüne Sektoren für den notwendigen Umbau im Rahmen der Großen Transformation - in China unter dem Stichwort Low Carbon Economy - ein mögliches Kernelement der Krisenbekämpfung sein.

Bei der Krisenbekämpfung den Zwang zu Reformen mit Perspektive beim Schuldenabbau und wirtschaftlicher Erholung verbinden

Insbesondere zu Beginn der Euro-Krise hat die deutsche Regierung die Rettungspakete mit so wenig Sensibilität vorangetrieben, dass die Nachbarländer nicht länger auf "Brüssel" zeigen, sondern auf den "deutschen Egoismus"³⁰, von dem sie sich brutale Sparkonzepte nicht überstülpen lassen wollen. Beobachter wie Paul Krugman kommentieren: "From the beginning, euroskeptics worried about one-size-fits-all monetary policy; but what we're getting is worse: one-size-fits-one, Germany first and only. That's a recipe for a prolonged, painful slump in the periphery; large defaults, almost surely; a great deal of bitterness; and a significantly increased probability of a euro crackup."³¹

Der Kurs von Bundeskanzlerin Merkel erscheint nicht eindeutig, "mal von den Spekulationswellen Richtung 'mehr Europa' getragen, mal von Teilen der eigenen Partei zurückgetrieben ins nationale Fahrwasser" (FR, 1.9.2011). So waren sich die Kommentatoren uneinig, ob Altbundeskanzler Kohl sie kritisieren oder gegen Kritiker in den eigenen Reihen unterstützen wollte, als er an seine alte Warnung vor einem deutschen Europa und die Notwendigkeit eines europäischen Deutschlands - letztlich gerade auch im Sinne Deutschlands, erinnerte. Von vielen Beobachtern im europäischen Ausland wird eine klare pro-europäische Führung Deutschlands bitter vermisst. Es würde dabei darum gehen, einen Sparkurs mit einer klaren politischen und wirtschaftlichen Perspektive zu verknüpfen.

Ein Blick in die deutsche Vergangenheit zeigt, wie sehr Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg von diesem Doppelansatz der Alliierten - Auflagen plus Zukunftsperspektive - profitierte. Die Verankerung der Demokratie in Deutschland und das deutsche "Wirtschaftswunder" wurden einerseits durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Montanunion und andererseits eben auch durch den Marshall Plan und das Londoner Schuldenabkommen (1953) ermöglicht. Unter der Verhandlungsführung von Hermann Josef Abs erreichte die deutsche Delegation einen hohen Nachlass der Vor- und Nachkriegsschulden. Alle ausstehenden Forderungen auf Reparationen wurden im Londoner Abkommen bis zu dem Zeitpunkt einer endgültigen

²⁹ "Zum neudeutschen Mentalitätswandel passt übrigens das Europa-unfreundliche Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das sich gegen weitere Integrationsbestrebungen mit einer willkürlichen Festlegung unverrückbarer nationaler Zuständigkeiten zum Hüter der nationalstaatlichen Identität aufwirft. Staatsrechtler haben das Urteil unter der sarkastischen Überschrift "Das deutsche Verfassungsgericht sagt ‚Ja‘ zu Deutschland" trefflich kommentiert." Habermas, *ibid.*

³⁰ So der Leitartikel einer italienischen Zeitung während meines Sommerurlaubs in den Abruzzen.

³¹ Paul Krugman, Blog, April 8, 2011, 9:35 am, Why People Say "Eeh!" When They Learn About the ECB

Regelung zurückgestellt (Artikel 5 Absatz 2)³². Der Verhandlungsführer Abs hatte 1953 die Westalliierten überzeugt, dass diese nicht den Fehler von Versailles wiederholen sollten: durch (nach dem zweiten Weltkrieg in noch weit stärkerem Ausmaß) berechnete, drakonische Forderungen soziale Revolten hervorzurufen und einer neuen Radikalisierung Vorschub zu leisten. "Von Abs lernen" stand 1992 auf den Transparenten, mit denen Germanwatch einen Schuldenerlass der Industrie- gegenüber den Entwicklungsländern einforderte. In den ärmeren Ländern der EU ist das Image des Zuchtmeisters Deutschland inzwischen verheerend, weil hier der Eindruck vorherrscht, dass - soziale Kosten und Aufstände hin oder her - alleine eine Rückzahlung der Schulden durchgesetzt wird. Und zwar ohne den zweiten Teil der Strategie, eine Zukunftsperspektive durch einen Teilschuldenerlass und einen ökologischen Marshallplan aufzuzeigen. Die jüngsten Zahlen zeigen, dass der verordnete drakonische Sparkurs alleine Griechenland in eine tiefe Rezession stürzt. Bis vor kurzem hatten die Griechen gehofft, dass sich die Wirtschaft dieses Jahr langsam erholt und nächstes Jahr wieder um 1,3 Prozent wächst. Finanzminister Evangelos Venizelos musste kürzlich verkünden, dass die Wirtschaft auch im kommenden Jahr schrumpfen wird. So kann auch der notwendige Schuldenabbau nicht gelingen. Matthias Kollatz-Ahnen, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB) meint bereits: "Der wirtschaftliche Wiederaufbau Griechenlands wird lange dauern. Wir reden hier über einen Zeithorizont von zehn Jahren."³³

Auch über das Londoner Schuldenabkommen wurde seinerzeit hart verhandelt, aber neben den Schulden stand die Stärkung der Wirtschaftskraft Deutschlands im Mittelpunkt. Es geht nicht darum, Geld in schwarze Löcher zu werfen, Korruption und Regelverstöße zu belohnen, sondern natürlich gilt es, diese abzustellen. Aber dies kann in konstruktiver Weise nur gelingen, wenn zugleich den Betroffenen Perspektiven aufgezeigt werden. Perspektiven des Schuldenabbaus, Perspektiven der wirtschaftlichen Erholung. Und angesichts der globalen Herausforderungen gilt es, diese Perspektive mit der der Großen Transformation zur sozialen und ökologischen Bändigung der Globalisierung zu verknüpfen. In den vergangenen Jahren ließ Griechenland ihnen zustehende Fördermittel in Milliardenhöhe in Brüssel liegen. Diese Gelder zur Förderung der Infrastruktur könnten jetzt im Sinne der ökologischen Modernisierung eingesetzt werden. Auch könnten die Erlöse der Versteigerung im Rahmen des EU-Emissionshandels für nationale und internationale Klimaschutz-Investitionsstrategien zweckgebunden werden, wie dies in Deutschland (weitgehend) geschehen ist. Die EU-Kommission setzt auch auf den Export von Solarstrom, um Griechenland neue Wachstumsperspektiven zu bieten. "Energiekommissar Günther Öttinger verlangt, dass dafür neue Stromleitungen von Griechenland nach Mittel- und Nordeuropa gebaut werden."³⁴ Nach Kalkulationen der EIB könnte Sonnenstrom aus Griechenland in drei bis fünf Jahren wettbewerbsfähig sein. Das könnten erste Puzzleteile für einen ökologischen Marshall-Plan für Griechenland sein. Um neben den Sparzwang zum einen ein Konzept des Teilschuldenerlasses und die Perspektive eines solchen Zukunftsplans zu stellen.

Perspektive und Gestaltungswillen

An diesen Fragen wird sich entscheiden, ob der Weg letztlich zu einer politisch handlungsfähigeren EU führt. Es stimmt bedenklich, wenn fast drei Viertel der Befragten im Deutschlandtrend "politische Entschlossenheit für belanglos halten, weil die Zukunft des Euro ohnehin von den Finanzmärkten abhängt statt von der Politik - dann ist der Nachweis des Gegenteils umso notwendiger."³⁵

Nocheinmal: Ohne Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik in der EU und ihren Nationalstaaten verkommt die EU zu einer rein wirtschaftlich orientierten Freihandelszone, in der ganz überwiegend nationale Interessen dominieren. Altbundeskanzler Kohl hatte seinerzeit bei der Einführung des Euro große Worte gefunden: "Der Weg der Einigung unseres Kontinents ist damit unumkehrbar geworden"³⁶ Inzwischen muss Finanzminister Schäuble konstatieren: "Der Euro ist eine Konstruktion, die in ihrem augenblicklichen Zustand nicht verharren kann"³⁷ Es geht um mehr oder weniger politische Handlungsfähigkeit.

Mit dem notwendigen Rückgrat der handelnden Politiker könnte die Krise um die gemeinsame Euro-Währung das herbeiführen, was sich manche von einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik erhofft hatten: eine klarere Perspektive bei der sozialen und ökologischen Bändigung des Kasino-Kapitalismus, die Bereitschaft, Handlungsfähigkeit durch das Teilen von Souveränität zu erlangen; und das über nationale Grenzen

³² Dadurch, dass es 1990 zum Zwei-plus-Vier Vertrag und nicht zu einem Friedensvertrag kam, wurden Deutschland auch diese Reparationszahlungen de facto dauerhaft erlassen.

³³ Ruth Berschens, Griechenland: Die Wirtschaft steckt weiter in der Rezession fest, Handelsblatt, 2./3.9.2011, S. 16;

³⁴ Ruth Berschens, ibid.

³⁵ Torsten Krauel, Europa macht Angst, Die Welt, 2.9. 2011

³⁶ Silvesterausgabe der FAZ am 31.12.2001;

³⁷ Schäuble am 28.8.2011, zitiert im Handelsblatt, 2./3. 9.2011, S. 8;

hinausgreifende Bewusstsein eines gemeinsamen europäischen Schicksals - das immer stärker mit dem globalen Schicksal verknüpft ist.

Ein Investitionsprogramm zum ökologischen Umbau könnte anknüpfen an die Debatte bei der 50-Jahr-Feier der OECD Anfang Oktober in Berlin³⁸.

Auf dem Rio20+-Gipfel in Rio de Janeiro 2012 könnten die deutsche Regierung und die EU ein solches Programm unter dem für den Gipfel zentralen Stichwort "Green Economy" als Fahrplan einer handlungsfähigen EU präsentieren. Sie könnte zeigen, wie eine aktuelle Krisenbekämpfung intelligent mit der notwendigen Großen Transformation verknüpft werden kann. Es wäre das Aufwachen der Politik aus einem Aggregatzustand, der sich durch den Verzicht auf Perspektive und Gestaltungswillen auszeichnet.

Die Rolle der Zivilgesellschaft

Nicht nur für die Regierungen und Parlamente, auch für die Zivilgesellschaft ist die Krise der EU - im Kontext der globalen Herausforderungen - eine Bewährungsprobe. "Die Wiederentdeckung des deutschen Nationalstaates, der neue Modus einer compasslos auf kurze Sicht fahrenden Politik und das Zusammenwachsen der politisch-medialen Klasse mögen Gründe dafür sein, dass der Politik für ein so großes Projekt wie die Einigung Europas die Luft ausgeht. Aber vielleicht geht der Blick nach oben, auf die politischen Eliten und die Medien, überhaupt in die falsche Richtung. Vielleicht können die einstweilen fehlenden Motivationen nur von unten, aus der Zivilgesellschaft selbst, erzeugt werden," kommentiert Jürgen Habermas. "Der Ausstieg aus der Atomenergie ist ein Beispiel dafür, dass sich die politisch-kulturellen Selbstverständlichkeiten und damit die Parameter der öffentlichen Diskussion nicht ohne die zähe Maulwurfsarbeit sozialer Bewegungen verschieben."³⁹ Es ist Aufgabe der Zivilgesellschaft, sich für eine Politik einzusetzen, bei der es um mehr geht als den nächsten Wahlerfolg: Es geht um globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen, sowie um eine EU, die in der Lage und Willens ist, diese Themen voranzutreiben. Es gilt nach Wegen zu suchen, den nach Nationen und Sprachen fraktionierten Öffentlichkeiten der EU zu einer Debatte zu verhelfen, in der nicht nationale Egoismen, sondern eine klare Vision für die Rolle der EU in international herausfordernden Zeiten. Dann gilt es ambitionierte, aber pragmatische Wege der Umsetzung zu unterstützen. Vielleicht hat die Politik noch nicht den Mut zu handeln. Ein Blick nach Ägypten oder Israel, Chile oder Spanien zeigt: dann ist die Zivilgesellschaft gefragt. "Wir brauchen Druck von unten. Besorgte Europäer, bewegt euch!", ruft Andre Wilkens⁴⁰ den Bürgern und Bürgerinnen zu.

³⁸ Jaeger, C, s.o..

³⁹ Habermas, Jürgen: Europapolitik Merkels von Demoskopie geleiteter Opportunismus, 7.4.2011, SZ; <http://www.sueddeutsche.de/politik/europapolitik-merkels-von-demoskopie-geleiteter-opportunismus-1.1082536>

⁴⁰ Wilkens, Andre: Europäer, bewegt Euch! <http://www.zeit.de/politik/2011-10/leserartikel-europa-zukunft/komplettansicht>; Andre Wilkens ist Strategie Direktor der Stiftung Mercator und Leiter des ProjektZentrum Berlin. Er ist Gründungsmitglied der European Council on Foreign Relations. Er lebte und arbeitete in Brüssel, London, Turin und Genf. Seit zwei Jahren wohnt er mit seiner britischen Frau und Familie wieder in seiner Heimatstadt Berlin.